

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreise mit der tagl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Erzeugnisse monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Litauen 3.—. Erscheint tagl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 2465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertate werden die 6 gespaltene Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinskonzessionen 50 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 158.

Dresden, Dienstag den 12. Juli 1910.

21. Jahrg.

Herr B. . . .

ka. Die Geschichte des deutschen Liberalismus besteht aus Zersetzungen, nur daß die Abstraktionen bei ihm kein Mittel der Fortpflanzung und der Entwicklung sind, sondern daß ein wenig umständliche Verfahren, sich geschäftig ums Leben zu bringen. Schon in den Anfängen des parlamentarischen Lebens in Deutschland zerfiel der Liberalismus in eine rein wohlhabende Richtung, mit einer mehr laffischen Opposition als oppositionellen Laktin, und in eine Gruppe, die immer auf dem Wege zur Regierungsmacht irrte und niemals zu ihr gelangte, weil sie nichts zu bieten hatte als ihren freien Selbstverrat. Der bürgerliche Radikalismus, ob er sich nun Fortschritt, Freisinn, Demokratie, Volkspartei oder fortschrittliche Volkspartei nannte, beschäftigte sich in den letzten Jahrzehnten fast ausschließlich mit dem Problem, ob man nach einer, zwei, drei Fronten oder gar keiner Front kämpfen müsse; gegenwärtig neigt man zu sämtlichen Fronten und damit zu keiner. Der Liberalismus aber, der nichts sein wollte und will als Regierungspartei, ohne Regierungsmacht zu sein, nennt sich nationalliberal und genosch bis zur Reize die Kunst seines zusammengefügten Parteititels: immer wenn er gegen die eine Hälfte seines Namens sündigen wollte, berief er sich rechtfertiger auf die andre. Bald bröckelte dieser gemähte Liberalismus links ab, bald rechts. Während die oppositionelle bürgerliche Linke in Praxisthänden sich zerlegte, blieben die Nationalliberalen einig, wenn auch nicht einheitslich. Jetzt hat der Zerfall zur Abwechslung die Nationalliberalen ergriffen, während die Freisinnigen sich, mit Ausnahme eines Kaufmanns ehlicher Demokraten, zusammengehangen haben, von Kaufmann bis Raumann und von Schrader bis Radnide-Ropich-Wiemer. Aber die Nationalliberalen können es plötzlich nun nicht mehr beieinander aushalten, sie leiden auf einmal an gekränktem Grundblut. Selbst „Erni“ kann nicht mehr im konservativen-kerikalen Präsidium bleiben, obwohl dessen Liberalismus doch nur in der geographisch-historischen Besondereit besteht, daß er in dem Lande gewohnt ist, wo einst der herzogliche Protektor des deutschen Nationalliberalismus sich gegen höhere Verbände um die Vermehrung des Verdienststabs bemühte: in Ostpreußen. Einige liberale Blätter drohen, daß die Liberalen, wie schon bei der Reichsfinanzreform, die „Verantwortung“ für die Politik allein dem schwarz-blauen Block überlassen wollen. Welch staatsweises Heldentum! Als die Wiener Liberalen am Ende ihrer Schredensteherschaft waren und den Einbruch der Christlich-Sozialen fürchten, wollten sie den Feind mit einem Schloge vernichten, indem sie ihm auf ein paar Jahre die Kleinherrschaft des rachen Adwirtschaftens einräumten — mit dem Erfolg, daß die Christlich-Sozialen noch heute regieren und die Liberalen nahezu ausgerottet sind. Aber diese Wiener Liberalen hatten doch wenigstens eine verantwortliche Herrschaft ausgeübt, ehe sie das unglückliche Experiment wagten, ihre Unverantwortlichkeit auf die Adwirtschafung ihrer Gegner zu begründen. Unsere reichsdeutschen Nationalliberalen verdrängen auf die Verantwortung, noch bevor sie eine besitzen haben.

Aber die liberalen Zudungen des Nationalliberalismus sind nicht die Regungen eines neuen Werdens, sondern der unruhige Herumablauf des Verschleißens. Gleichzeitig mit den liberalen Ermahnungen und Drohungen, deren einiger Erfolg die Sturz Rheinlands gemessen ist, kommt die Meldung, daß die erste Hälfte auf eine Reichstagskandidatur verzichten wollte, nachdem — sämtliche deutschen Reichstagswahlkreise nämlich auf seine Kandidatur verzichtet haben. Der Führer einer Partei, der nirgends ein Mandat zu finden vermag, weil er von den eigenen Leuten boykottiert wird, das könnte man nationalliberal nennen, wenn nicht der freisinnige Theodor Barth früher schon das gleiche Schicksal in seiner Partei erlebt hätte. Ist es aber diesmal Ernst mit dem oft angekindigten Rücktritt Wassermanns, so ist das nicht nur das Ende einer Person, sondern auch das Ende einer Sache, wie immer der unbedeutendste Mannheimer Rechtsanwält nichts anderes gewesen sein mag als ein sorgsam gebügelter Eleganz der Politik, ohne Ideen, ohne Kraft, ohne Leidenschaft, mit einem betrieblichen Stillsitzen und gerade Mittelteil genug, um die Unbequemlichkeiten eines deutschen Parlamentarismus auf sich zu nehmen. Ihm räumte die erste Wagenkassette gut, zu der ihn die Freikarte des Abgeordneten Verdrängte. Er konnte sich mit Anstand und mit jenem leicht gezeigten und kleinbürgerlich beglückten Freimuth, den man in Deutschland Mannesstolz nennt, in der nächsten Nähe hoher Gesellschaften bewegen. Er war Jahre hindurch der Vertraute eines Kanzlers, weil der Abgeordnete nämlich dem Minister jene Stillsitzen-Interpellationen sorgsam eingedrückt, in denen der Interpellant erst den wilden Mann spielen und seine entsetzlichen Aufklärungen, seine begeisterte Genugthuung zusammen zu dürfen. Und wenn er gelegentlich bei seinem ersten Angriff etwas heiser um sich hieb, so erklärte das sich daraus, daß er seinen oppositionellen Geist vor der Kriegskasse während der tanglerischen Antwort und in seiner nächsten Schlußbetrachtung war er dann wieder ganz nationalliberal und ganz tagenämmerlich sahm. Ja, Wassermann wurde sogar gelegentlich vom leitenden Staatsmann ausgerufen, daß sie gemeinsam den unruhigen Kaiser bändigten. Die Novembertrübsis 1908 war die Höhe Wasser-

manns und sein — Sturz. Wilow und Wassermann hatten falsch spekuliert, und es ist nur logisch, wenn der Gefell jetzt seinem Meister folgt.

War Wassermann niemals eine bedeutende Persönlichkeit und wurde er wesentlich nur als indianisch wild angepöfelter Marktschreier der Regierungsbude verwandt, war dieser liberale Wundzauber auch stets nur ein leerer Spektakel — so zeigt nun doch sein Abgang, daß er nebenbei in der nationalliberalen Partei ein Element vertrat, das jetzt unbenutzt geworden ist, und das deshalb ausgelittet werden soll: Mit Herrn Wassermann verschwinden völlig die intellektuellen Nationalliberalen (mit grundsätzlichen Ansätzen) und die süddeutsche Spielart des Nationalliberalismus.

Schon als Herr Wassermann, jung und ehrbegierig, auf der Bühne erschien, betrachteten ihn die nationalliberalen Erzbäter, die damals noch die Führung hatten, mißtrauisch und unbehaglich. Der echte Nationalliberalismus ist ein Gewächs der neuen preussischen Provinzen, er wurzelt in Rheinland-Westfalen und in Hannover. Die Führer der älteren Generation machten eiferfüchtig darüber, daß er nicht durch süddeutsche Einflüsse radikalisiert wurde. Wie kam ein Badenier dazu, den wahrhaft preussischen Nationalliberalismus zu führen! Das entsprach gar nicht der Bedeutung dieser Himmelsgegend und seine Führerschaft ward besonders verdächtig seit dem babilonischen Aufstand gegen das Zentrum, Liberale und Sozialdemokratie zu gemeinsamer Hilfe verbunden! Das war die eine Schuld Wassermanns!

Dazu kam die gesellschaftlich berufliche Abstammung des Mannes. Die bürgerliche Politik hat in Deutschland mit Professoren und Advokaten begonnen, sie endigt mit Großgrundbesitzern, Industriellen, Bankdirektoren und Pfaffen. Die bürgerliche Politik schwärmt anfangs in Theorien, jenseits aller irdischen Materialismen, sie ging um so unvernünftiger und rücksichtsloser zum reinen Geschäft und zum brutalen Interesse über. Gewiß, Herr Wassermann hatte sich getrieben in der Erfahrungswelt der Kuffschritte umgeben, aber für die Kapitalisten von unmittelbarem und ausschließlichem Verus war er noch viel zu sehr — Ideologe. Seine Sozialpolitik hielten die Selbgeber seiner Partei längst für ein Ungeheiß. Seine kleinen Vorträge wurden ihm also zum Verhängnis. Die deutsche Entwicklung ist jetzt auf einem Punkte angelangt, wo man die Ideologie nur noch in der Gestalt selbstbestodeter Vorklatschen kapitalistischer Interessenten gebrauchen kann, die ihren Herren die wilde persönliche Erfindung der nun einmal unentbehrlichen Argumente abnehmen; diese unaußere und beschwerliche Arbeit des Denkens oder des denkbaren Redens und Schreibens überlassen sie ihren jungen Leuten in Parlamenten, Zeitungen, Ministerien, Handelskammern, Vereinen, von Unternehmerverbänden und Syndikaten. Die Wassermannschen Gestalten sind jetzt entbehrlich und störend. Das Volk der Intellektuellen mag als Agenten der Kapitalisten die ihnen gebührende untergeordnete Stellung einnehmen, aber der Liberalismus als politischer sozialer Selbstzweck, das ist einfach — Wegkündigung der Sozialdemokratie!

Der Nationalliberalismus drängt heute zur großindustriellen Konzentration. Die Partei will als solche heute den letzten Schritt tun, um, unter Ausschaltung aller liberalen Advokaten und Doktorenphantasten, ganz zu sein, was sie bisher schon fast ausschließlich war: Die parteimäßige Organisation der Großindustrie. Rheinland-Westfalen will über Baden herrschen. Die gegenwärtige Krise im Nationalliberalismus wird nicht zur Radikalisierung führen, sondern zur völligen Loslösung von liberalen Ideen. Nachdem sich das immobile Agrarkapital im Bund der Landwirte organisiert hat, will Industrie und Handel im Ganzen sich eine ähnliche Macht schaffen, zu dem dann die Nationalliberalen genau so stehen wie die Konservativen zu den Landwirtsbündlern: Die nationalliberale Partei will nichts anderes mehr sein als die Politisierung des Unternehmertums.

Die große Unruhe in den bürgerlichen Parteien erklärt sich aus den folgendschweren Aufgaben, die uns die nächsten Jahre bringen werden: Einmal die Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie, dann die Gestaltung der zukünftigen Handelspolitik, deren Vorbereitungen man in den jetzigen Parteiwirungen bereits deutlich durchschimmern sieht. Die natürlichen Interessengegenstände zwischen der Exportindustrie, dem freihändlerischen Finanzkapital und den hochschulglücklichen Jüngern haben sich seit dem letzten handelspolitischen Kampfe vertieft. Der schwarz-blaue Block ist nichts weiter als die hochschulglückliche Verschwörung auf Lob und Leben. Gegen diese Macht organisiert sich nun selbständig Industrie und Finanz, aber nicht — wie aus ihren erpresserischen Drohungen der Raibe bisweilen erhofft — durch Radikalisierung oder Demokratisierung des bürgerlichen Liberalismus, sondern ganz im Gegenteil: Der Industrie- und Finanzfeudalismus sucht politisch und organisatorisch zu erstarren, um als ebenbürtig in den Ausgleichsverhandlungen zwischen den widerstreitenden Interessen nicht zu kurz zu kommen; um durch die Kraft der Opposition gegen den schwarz-blauen Block schließlich als länderfähig in ihm aufgenommen zu werden — gegen den gemeinamen Feind: das Proletariat und auch jede bürgerliche Demokratie. Zu

dem Zwecke braucht der Nationalliberalismus zuverlässig reaktionäre Männer. Herr Wassermann aber ist in einiger Hinsicht nicht genug zuverlässig. Darum hat man ihn politisch ausgehungert, zumal er auch zu Reichmanns Rockschneid ganz und gar nicht paßt; er ist trotz der jüngsten Entfaltungen der Köpfe der Volkszeitung nicht mehr der „Herr B. . . .“, der mit dem Kanzler zusammen unter den Ministern seiner Majestät aufträumt und zudem das Namensverzeichnis der fälligen Männer bezüglich auf einen Reichstagsbesitz liegen läßt, wie ein Raubmörder, der den Fettel verliert, auf dem die Adressen von Bankiers verzeichnet sind . . .

Deutsches Reich.

Konservative Friedensbedingungen.

Nachdem die nationalliberale Erneute gegen die preussische Junkerherrschaft allem Anschein nach gänzlich niedergeschlagen ist, kann die Kreuzzeitung fortfahren, der unterworfenen Partei ihre Friedensbedingungen zu diktieren. Daß Wassermann und einige andere nationalliberale Führer weg müssen, darüber ist man wohl schon einig. Daß Herr Paasche das vor Jahresfrist zurückgewiesene und jetzt vom Erbprinzen v. Hohenzollern aufgebundene Amt des zweiten Vizepräsidenten annehmen muß, gilt als selbstverständlich. Darüber hinaus wird jetzt folgende Proklamation erlassen:

Soll es gelingen, die bürgerlichen Parteien zu einer antiliberalen demokratischen Balance zu bereinigen, dann ist dies, bei dem gegenwärtigen Zustande der Nationalliberalen nur unter deren absolutem Anschluß möglich. Und dann muß die nationalliberale Partei einen unabweisbaren und unergänzlichen Druck mit der fortschrittlichen Volkspartei ausüben.

Also mit dem blauschwarzen Block sollen die Nationalliberalen nicht nur gegen die Sozialdemokratie, sondern auch gegen die Fortschrittspartei marschieren. Die Ropich, Fischbeck, Radnide, Ropich, Ropich usw. sind des „Radikalismus“ verdächtig, nun soll der Nationalliberalismus auf König Seydebrands Geheiß ihre Säupter holen!

Das schwierige Problem.

Ueber die Wahlrechtsreform für Elsaß-Lothringen ist zwischen den amtlichen Stellen in Berlin und Straßburg noch kein Einverständnis erzielt worden. Die Straßburger Post erklärt nämlich:

„Einig sind Reichsregierung und elsass-lothringische Landesregierung allerdings darin, daß sie genau wissen, was nicht gegeben werden soll, aber wie das Wahlrecht aussehen wird, das Elsaß-Lothringen wirklich erhält, steht noch nicht fest. Es sind neue Projekte vorhanden, und darüber, daß diese eventuell die Zustimmung beider Regierungen finden würden, hat man sich auch verständigt. Aber welches von diesen Projekten zum Entwurf ausgestaltet werden wird, hängt nicht von der übereinstimmenden Meinung der beiden Regierungen ab, sondern von der Möglichkeit, es im Reichstage und im Bundesrat durchzusetzen. Diese Möglichkeit festzustellen ist man jetzt bemüht.“

Die „neuen Projekte“ werden das schwierige Problem zu lösen versuchen, das Landesparlament, in dem die Sozialdemokratie jetzt überhaupt nicht vertreten ist, vor der Ueberflutung durch die Elemente des Umsturzes zu retten. Die bürgerlichen Parteien sitteln in Angst vor der Möglichkeit, daß die Sozialdemokratie 14 Mandate erobern könnte.

Das Monistenloch.

Die russische Residenzstadt Gera hat, wie dem B. Z. mitgeteilt wird, eine Schenkensiedelgasse aufzuweisen, die in ganz Deutschland einzig dastehen dürfte. Es ist das „Monistenloch“, wie es der Volksmund getauft hat, das heißt der im Anschluß an das neueste deutsche Krematorium auf dem Geraer Ostfriedhof geschaffene besondere Versenkungsstätte geringerer Art für Monisten und überhaupt Nichtkirchengläubige. Dieser befindet sich im Gegensatz zu dem für die Kirchengläubigen bestimmten nicht in der mit Orgel, Sitzgelegenheit und Heißöfen versehenen Kapelle des Ostfriedhofs, sondern hinter dieser in freien am Wege nach dem Krematorium und besitzt keinen Versenkungsfahrtstuhl, auf dem die Särge wie von selbst festerisch langsam hinabsinken, sondern stellt ein einfaches in den unterirdischen Verbindungsstellen zwischen Kapelle und Krematorium mündendes ausgemauertes Loch dar, in das die Särge von Menschenhand mit Stricken hinabgelassen werden müssen. Von dem „unheiligen Schandwinkel“ eines katholischen Kirchhofs unterscheidet sich dieses „Monistenloch“ nur dadurch, daß es sich nicht etwa auf einem kirchlichen Friedhofe, sondern auf einem weltlichen, von der Stadtgemeinde angelegten und unterhaltenen Friedhofe befindet, der nach der Friedhofordnung zur Bestattung von im Gemeindebezirk geborenen Personen ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses bestimmt ist, und daß es von einer Stadtgemeinde angelegt ist, die sich nicht etwa vorwiegend aus katholischen, sondern fast ausschließlich aus evangelischen Einwohnern zusammensetzt. Zur Ehre des Gemeindevaters der Stadt Gera muß es gesagt werden, daß er sich, besonders in letzter Zeit, kräftig für eine Beseitigung dieses Aus-